

Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Im vergangenen Jahr fanden sechs Plenartagungen des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Dabei wurden von den 350 Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften 7 Resolutionen und 69 Stellungnahmen zu Initiativen der Kommission beschlossen. Die Bandbreite der behandelten Themen umfasste neben obligatorischen Stellungnahmen auch Initiativstimmungen und Resolutionen zu übergreifenden politischen Fragen wie dem Brexit und der Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch Polen¹ (siehe Tabelle 1). Zum neuen AdR-Präsidenten wurde am 12. Juli 2017 der frühere Präsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und derzeitige Senator des Belgischen Bundesrats Karl-Heinz Lambertz gewählt.² Vizepräsident wurde der bisherige Präsident, der finnische Christdemokrat Markku Markkula.

Zukunft der Kohäsionspolitik und mittelfristiger Finanzrahmen nach 2021

Bereits bei der Mai-Plenartagung 2017 hatte der AdR auf der Grundlage eines Berichts eine Stellungnahme „Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“ mit wesentlichen Zielen beschlossen.³ In einer Stellungnahme vom 22. März 2018 positionierte sich der AdR zum Programm zur Unterstützung von Strukturreformen und zum Vorschlag, ein neues Haushaltsinstrument für das Euro-Währungsgebiet zu schaffen.⁴ Budgethilfen für Strukturreformen zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, die in den Bereich der Kohäsionspolitik fallen, sollten nicht durch die Einrichtung eines separaten Finanzierungsprogramms, sondern durch künftige Programme im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützt werden. Ablehnend äußert sich der AdR zum Vorhaben, eine eigene Haushaltlinie im EU-Haushalt für die Fiskalkapazität des Euro-Währungsgebiets zu schaffen, solange die Eigenmittelobergrenze weiterhin bei 1,23 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU liegt.⁵

Auswirkungen des Brexit auf die Regionen und Städte

Der Brexit war häufig Thema der AdR-Debatten. Ausführlich positionierte sich der AdR am 17. Mai 2018 in einer „Entschließung zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“.⁶ Er setzte sich für eine pragmatische Haltung ein, um negative Konsequenzen

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Polen“ in diesem Jahrbuch.

2 Europäischer Ausschuss der Regionen: Karl-Heinz Lambertz ist neuer Präsident des Ausschusses der Regionen, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/news/Pages/-Heinz-Lambertz-elected-President.aspx> (letzter Zugriff: 8.6.2018).

3 Siehe Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, S. 157 f.

4 Europäischer Ausschuss der Regionen: Stellungnahme „Das geänderte Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) und neue Haushaltsinstrumente für das Euro-Währungsgebiet“, Dokument ECON-VI/031.

5 Dokument ECON-VI/031, Ziffer 26.

6 Europäischer Ausschuss der Regionen: 129. Plenartagung, 16./17. Mai 2018, Dokument RESOL-VI/031.

für beide Seiten zu vermeiden und die Integrität der Zollunion und des Binnenmarkts zu wahren. Viele wichtige Anliegen würden ein Tätigwerden auf lokaler und regionaler Ebene erfordern, daher sei eine fortgesetzte Zusammenarbeit und ein Austausch bewährter Praktiken auf der Ebene der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nötig.

Tabelle 1: AdR-Sitzungen Juli 2017 bis Mai 2018 im Überblick

Plenartagung	Anzahl Stellungnahmen	Anzahl Resolutionen	Inhaltliche Schwerpunkte	Wichtige Gesprächspartner
124. am 12.–13.07.2017	14	-	Wahl AdR-Präsidium; EU-Energiepolitik; Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit; Migration	Forschungskommissar Carlos Moedas, Verkehrskommissarin Violeta Bulc, Stellvertretender Europaminister Estland Matti Maasikas (Ratspräsidentschaft)
125. am 9.–10.10.2017	13	2	Europäisches Semester, Östliche Partnerschaft; Säule sozialer Rechte; Reform der EU-Einnahmen; Connecting Europe; Situation in Katalonien	EU-Ratspräsident Donald Tusk, Klimakommissar Arias Cañete, zahlreiche Gäste im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte
126. am 30.11.–1.12.2017	13	1	Arbeitsprogramm der Kommission 2018; Vertiefung WWU; Europäische Bürgerschaft; Modernisierung von Bildung und Ausbildung	Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici, Wettbewerbskommissarin Margarete Vestager
127. am 31.1.–1.2.2018	11	3	Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch Polen; Erasmus für regionale und lokale Mandatsträger; Zukunft der EU-Finzen; Kohäsionspolitik nach 2020; Digitaler Binnenmarkt	Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans, Premierminister Portugal António Costa, Stellvertretender Ministerpräsident Bulgarien Tomislav Donchev (Ratspräsidentschaft)
128. am 22.–23.3.2018	10	-	EU-Erweiterung im westlichen Balkan; Reform des europäischen Asylsystems; Europäische Bürgerinitiative; Eurozonenbudget und Struktur-reformen; Breitbandausbau	Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, Erweiterungs-kommissar Johannes Hahn
129. am 16.–17.5.2018	8	1	Mehrjährige Finanzplanung 2021 – 2027; Brexit; Wasserqualität; Forstpolitik; Fischerei; Europäische Identität durch Bildung und Kultur	Haushaltskommissar Günther Oettinger, Bildungs- und Kulturkommissar Tibor Navracsics, EWSA Präsident Luca Jahier, MdEP Petra Kammerevert
Gesamt	69	7		

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Kultur und Bildung

Eingehend befasste sich der AdR in seiner Plenartagung im Mai 2018 mit Kultur- und Bildungsfragen.⁷ Diese hätten Auswirkungen auf alle Lebensbereiche und dienten als Schlüsselinstrument zur Verwirklichung sozialer Inklusion. Der AdR forderte die für die Aufstellung der Schullehrpläne zuständigen Regierungsebenen auf, im Geschichtsunterricht einen zusätzlichen Schwerpunkt auf kulturelle und völkerkundliche Aspekte zu legen und im Lehrplan ein Kapitel über die Europäische Union vorzusehen. Im Hinblick auf die künftige Ausrichtung der EU-Strukturpolitik setzte der AdR in seiner im November 2017 gefassten

7 Europäischer Ausschuss der Regionen: Stellungnahme „Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur“, Dok. SEDEC-VI/033.

Stellungnahme „Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung“ insofern einen wichtigen Akzent, als er auf die Notwendigkeit der Förderung des System der dualen Berufsausbildung hinwies.⁸ Dieses müsse die Verknüpfung des Angebots der allgemeinen und der beruflichen Bildung mit dem örtlichen Umfeld unterstützen.

Migration

Am 12. Juli 2017 befasste sich der AdR mit dem Thema „Migration über die zentrale Mittelmeerroute“.⁹ Notwendig sei in einem so sensiblen und strategisch bedeutsamen Bereich die Erarbeitung einer kohärenten Strategie der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen. Die internationale, nationale, regionale und lokale Zusammenarbeit sei entscheidend, um die Europäische Migrationsagenda umzusetzen. Diesbezüglich wies er in einer Stellungnahme darauf hin, dass die EU noch konsequentere Maßnahmen ergreifen müsse, um die Unterstützung in den Erstaufnahmeländern der Migranten zu verstärken.¹⁰ Dabei müsse ein besonderer Schwerpunkt auf Gebietskörperschaften in Regionen gelegt werden, die aufgrund ihrer geografischen Lage den Hauptteil der Migranten aufnehmen würden.

Schaffung eines Programms „Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger“

Der AdR äußerte sich vielfach positiv zum Programm ERASMUS und forderte eine Aufstockung der Mittel hierfür. In einer EntschlieÙung vom 31. Januar 2018 setzte sich der AdR dafür ein, dass auch lokale und regionale Mandatsträger in das Austauschprogramm einbezogen werden.¹¹ Die 91.000 lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und damit die Hunderttausende kommunalen Mandatsträger in der Union agierten als wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der EU. Die Entwicklung ihrer Kenntnisse und Kompetenzen auf dem Gebiet der europäischen Politik sowie der Aufbau von Kontakten mit Mandatsträgern aus anderen Mitgliedstaaten seien wesentlich für die Ziele einer Entwicklung des Humankapitals und der europäischen Integration. Das Programm sollte sowohl Berufspolitiker als auch nebenberuflich tätige Politiker sowie Personen in technisch ausgerichteten Führungspositionen zur Teilnahme ermuntern. Die Kosten sollten gemeinsam aus den Mitteln der EU, der Gebietskörperschaften der teilnehmenden Mandatsträger und gegebenenfalls der einbezogenen öffentlich geförderten Bildungseinrichtungen getragen werden.

Katalonien

Die Katalonienkrise war mehrfach Gegenstand von Debatten im AdR, wobei der AdR jedoch eine offizielle Positionierung vermied. Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk forderte in seiner Rede vom 9. Oktober 2017 den Präsidenten Kataloniens Carles Puigdemont im AdR öffentlich auf, in seiner für denselben Tag geplanten Rede nicht die Unabhängigkeit Kataloniens auszurufen.¹² In der ausführlichen Debatte zu diesem Thema wies der Präsident der spanischen AdR-Delegation Ximo Puig i Ferrer darauf hin, Spanien sei eine

8 Stellungnahme „Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung“ vom 30.11.2017, Ziffer 16, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 164 vom 8.5.2018, S. 31.

9 Amtsblatt der EU C 342 vom 12.10.2017, Seite 27 ff.

10 Europäischer Ausschuss der Regionen: Stellungnahme „Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda“ vom 22.3.2018, Dokument CIVEX-VI/029; vgl. hierzu auch den Beitrag „Spanien“ in diesem Jahrbuch.

11 Stellungnahme „Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger“, in: Amtsblatt der EU C 176 vom 23.5.2018, S. 21.

12 Council of the EU: Address by President Donald Tusk to the European Committee of the Regions, 10.10.2017, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/10/10/tusk-committee-regions/pdf> (letzter Zugriff: 15.6.2018).

konsolidierte Demokratie und einer der am stärksten dezentralisierten Staaten in Europa.¹³ AdR-Präsident Lambertz unterstrich, die Europäische Union basiere auf den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In einem Interview fügte Lambertz hinzu, dass die Europäische Union von zwei Grundsätzen geprägt werde:

„Erstens, Autonomiefragen sollten durch innerstaatliche Verhandlungen und gegebenenfalls auch durch Veränderungen der Rechtslage herbeigeführt werden; und zweitens, der Einsatz von staatlicher Gewalt in einem Kontext, wo es um die Frage von staatlicher Organisation geht, ist etwas, was nicht zur Lösung, sondern eher zur Eskalation beiträgt und auch vom Verhältnismäßigkeitsprinzip her meines Erachtens doch problematisch ist.“¹⁴

Der Beitrag zur europäischen Zukunftsdebatte

Der AdR hatte sich bereits am 12. Mai 2017 ausführlich zum Weißbuch der Kommission zur Zukunft der Europäischen Union geäußert.¹⁵ Dabei hatte er beklagt, dass in den fünf Szenarien dieses Weißbuchs die europäische Mehrebenenstruktur nicht hinreichend berücksichtigt worden sei. In den vergangenen Monaten wurde diese erste Stellungnahme hinsichtlich verschiedener Aspekte und Aufgabenbereiche konkretisiert: „Die europäische Säule sozialer Rechte und das Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas“ (Oktober 2017),¹⁶ Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion bis 2025 (November/Dezember 2017),¹⁷ Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Financen (Januar/Februar 2018).¹⁸ In Anwesenheit Donald Tusks hielt Karl-Heinz Lambertz am 17. Oktober 2017 erstmals eine Art Grundsatzrede eines AdR-Präsidenten „Zur Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte“.¹⁹ Darin wies er darauf hin, dass der Europäische Rat den AdR um einen Beitrag zur Debatte zur Zukunft Europas gebeten habe. Die AdR-Mitglieder hätten seit März 2016 im Rahmen der Initiative „Nachdenken über Europa“ mehr als 140 Bürgergespräche in 95 Regionen der EU organisiert. Die Schlussfolgerungen daraus würden dem Europäischen Rat im Jahr 2018 übergeben werden.

Weiterführende Literatur

- Diana Panke: Voice without vote: Der Ausschuss der Regionen und seine Rolle im EU-Gesetzgebungsprozess, in: Jahrbuch des Föderalismus 2016, S. 190–196.
- Justus Schönlau: Beyond mere ‘consultation’: Expanding the European Committee of the Regions’ role, in: Journal of Contemporary European Research, Volume 13, Issue 2 (2017), S. 1167–1184.
- Piattoni Simona/Justus Schönlau: Shaping EU Policy from below: EU Democracy and the Committee of the Regions, Cheltenham/Northampton 2015.
- Gerhard Stahl: Der Ausschuss der Regionen: Politische Vertretung und Lobbyist für Städte und Regionen, in: Doris Dialer/Margarethe Richter (Hrsg.): Lobbying in der Europäischen Union: zwischen Professionalisierung und Regulierung, Wiesbaden 2014, S. 127–140.

-
- 13 European Committee of the Regions: Minutes of the 125th plenary session, Debate on Catalonia, COR-2017-03634-04-00-PV-REF, abrufbar unter: <https://memportal.cor.europa.eu/Agenda/Documents?meetingId=2128060&meetingSessionId=2158598> (letzter Zugriff: 29.8.2018).
- 14 Deutschlandfunk: Interview mit Karl-Heinz Lambertz "An den Tisch, verhandeln und nach Kompromissen suchen", 01.11.2017, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/katalonien-konflikt-an-den-tisch-verhandeln-und-nach.694.de.html?dram:article_id=399551 (letzter Zugriff: 15.6.2018).
- 15 Siehe Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, S. 159.
- 16 Amtsblatt der EU C54 vom 13.2.2018, S. 48 ff.
- 17 Amtsblatt der EU C 164 vom 8.5.2018, S. 7 ff.
- 18 Amtsblatt der EU C 176 vom 23.5.2018, S. 34 ff.
- 19 Karl-Heinz Lambertz: Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte, 10.10.2017, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/en/our-work/Documents/SOTREG/Seeing-Europe-from-the-local-perspective-DE.pdf> (letzter Zugriff: 15.6.2018).